



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

408 (11.9.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-193274](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-193274)

Mannheimer General-Anzeiger

Seitungspreis: In Mannheim u. Umgebung monatl. etw. 1,20 für Zeitungsleser u. Geschäftsleute...
Verlag: Mannheimer General-Anzeiger, Mannheim.

Badische Neueste Nachrichten

Wannheimer General-Anzeiger: 10 Blätter, 120 Spalten, 2. u. 3. Klasse, 20% Nachz. ...
Verlag: Mannheimer General-Anzeiger, Mannheim.

Deutschlands Bergewältigung.

Oberschlesiens Not.

Erneute Vorstellungen der Regierung.

Berlin, 11. Septbr. (WB.) Die Reichsregierung hat bei der Friedenskonferenz in Paris, beim Heiligen Stuhl und bei den Kabinetten in London, Paris und Rom unter eingehender Darstellung der gefährdeten Lage in Oberschlesien erneut ernste Vorstellungen erhoben, um durchgreifende Maßnahmen zur Wiederherstellung vertragsmäßiger und gesetzmäßiger Zustände in Oberschlesien zu erwirken.

Breslau, 10. Septbr. (WB.) Die Unsicherheit in Oberschlesien nimmt immer unerträglichere Formen an.

Im Kreise Rybnik ist die polnische Verhehung soweit gediehen, daß selbst die deutschen Kinder auf der Straße mit Steinwürfen und Schlägen verfolgt werden. Es werden ferner die deutschen Frauen daran verhindert, an den Brunnen Wasser zu holen. Die deutsche Bevölkerung sucht, soweit als möglich, die Gegend zu verlassen. Für das Verhältnis zwischen Franzosen und den Polen ist folgende Vorfall bezeichnend, den das Zentrumorgan, die Volksstimme, in Rybnik meldet: Zwei Korporale und drei Mann in französischer Uniform, verlangten von der Schwägerin des Gastwirts Ogorek, daß sie „polnisch“ spreche und ihnen französische Bierpilsarten aushändige. Dem ersteren Verlangen kam die Frau nach. Französische Karten hatte sie nicht. Darauf drangen die Soldaten mit Messern auf sie ein. Auf ihrer Flucht vor den Wüterichen kam ihnen ihr Schwager Ogorek entgegen. Dieser erhielt von den Franzosen eine Ohrfeige, die er hinnahm, um sie nicht weiter zu reizen. Ohne Ursache verfehlte ihm darauf ein Franzose zwei Messerstiche und ein zweiter warf ein Glas gegen den Büffetschrank, worauf ein allgemeiner Angriff auf den Gastwirt einsetzte. Er wurde mit Messerstichen und Bajonetten schwer mißhandelt, wobei ein Franzose äußerte: Keine Brüder sind im Kampfe gegen die Deutschen gefallen, dafür müssen alle Deutschen sterben. — Der Mißhandelte wurde dann aus dem Fenster in den Hof geworfen, wo er schwer verletzt liegen blieb. Die Franzosen mandten sich nun wieder der Schwägerin des Gastwirts zu, die über die Feder klüchtete. Vergeblich warnten die Franzosen auf sie Jagd. Nachher luden sie den Verwundeten Ogorek wieder auf, um ihm den Todesstoß zu versetzen. Er war jedoch inzwischen in Sicherheit gebracht worden.

Im Kreise Plesch wurde am gleichen Mittwoch ein Parrer von bewaffneten Polen im Pfarrhaus mißhandelt und seiner Wertgegenstände, darunter Silbergeschirre und ein größerer Geldbetrag, beraubt.

In Laurahütte nahm die Bürgerwehr einen Beamten der blauen Polizei gefangen, der einen Polenführer wegen Urkundenfälschung verhaftet hatte und ihn nach Kattowitz bringen sollte. Sie ergangen dadurch von der Polizeidirektion in Kattowitz die Freilassung des polnischen Verbrechens.

Sogar im Kreise Oppeln greift das polnische Vandalenwesen immer mehr um sich, so daß die deutsche Bevölkerung ständig in Angst um Leben und Besitz schwebt. In den größeren Orten haben sich freiwillige Sicherheitsgruppen gebildet, die nachts die Dörfer abpatrouillieren. Auf Schutz durch die Interalliierte Kommission rechnet niemand mehr.

Berlin, 11. September. (Von unferm Berliner Büro.) Die polnische Telegraphenagentur verbreitet folgende Meldung: Am 3. ds. Mts. wurde in Oppeln ein Uebereinkommen zwischen den Polen im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet und den Vertretern der Interalliierten Kommission unterschrieben, welches Kommunikations- und Postfragen behandelt. Das Uebereinkommen ist das Ergebnis längerer Besprechungen, die in Oppeln zwischen Vertretern Polens und der Interalliierten Kommission gepflogen wurden. Wie wir dazu erfahren, ist den amtlichen Stellen von dem in der Mitteilung näher bezeichneten Abkommen bis zur Stunde keinerlei Nachricht zugegangen.

Eupen und Malmedy.

Berlin, 10. Sept. (W. B.) Wie wir hören, wird die Reichsregierung dem Völkerverbund, der sich am 15. September mit der Volksbefragung in Eupen und Malmedy befaßt wird, weiteres Material über die rechts- und vertragsmäßigen Maßnahmen zugehen lassen, durch die die belgischen Behörden die Freiheit der Abstimmung in diesen beiden Kreisen verhindern.

Der neue Zwischenfall.

Auf dem Kaiser Wilhelm-Kanal wurden vor einigen Tagen mehrere mit Munition für Polen beladene Dampfer schwedischer, griechischer und dänischer Nationalität vom Schwedenbetriebsrat angehalten. In dieser Angelegenheit ordnete die Reichsregierung an, wie wir gestern mitteilen, daß die Dampfer, die auf Grund der deutschen Neutralität an der Weiterfahrt verhindert wurden, durch den Kanal zurück zu setzen seien. Der Kanal sei als eine deutsche Verkehrsstraße anzusehen, auf der die Neutralität ebenso wie auf den anderen Verkehrsstraßen Deutschlands aufrecht zu erhalten sei. Dieser Standpunkt wurde auch gegenüber der französischen Botschaft vertreten, die unter Hinweis auf den Friedensvertrag freie Durchfahrt des dänischen, aus Frankreich kommenden Dampfers verlangte. Die Angelegenheit ist damit nicht erledigt. Wie aus Paris gemeldet wird, hat die Botschafterkonferenz, die sich gestern morgen unter dem Vorsitz von Jules Cambon veram-

melte, beschlossen, Deutschland eine Note zu senden zum Protest gegen die im Kanal erfolgte Beschlagnahme von auf der Fahrt nach Danzig befindlichen Schiffen.

Hindenburg über die Politik der Alliierten.

Berlin, 11. Sept. (Von unferm Berliner Büro.) Gegenüber dem Vertreter einer amerikanischen Nachrichtenagentur hat Generalfeldmarschall v. Hindenburg in einer Unterredung erklärt, es habe keinen Zweck von der Möglichkeit für Deutschland, einen neuen Krieg zu unternehmen, zu reden. Wir haben nicht einmal genug Truppen, um die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Es scheint tatsächlich so, als ob die Alliierten nicht wünschten, daß wir die Ordnung aufrecht erhalten können.

Die Entwaffnung Deutschlands.

London, 11. Septbr. (WB.) Daily Mail meldet, daß die Entwaffnung Deutschlands rasch vor sich gehe. Unter der Aufsicht der Alliierten seien bereits mehr als 27 000 Geschütze unbrauchbar gemacht worden. Jede Woche würden eintausend Geschütze vernichtet, so daß die 5700 Geschütze, die laut Friedensvertrag noch unbrauchbar gemacht werden müßten, in etwa sechs Wochen zerstört sein werden.

Frankreichs und Belgiens Widerstand gegen die Genfer Konferenz.

Paris, 10. Sept. (WB.) Wie aus dem Leitartikel des „Temps“ hervorgeht, hat die französische Regierung gestern dem englischen Botschafter in Paris ihre Antwort auf die Frage übermittelt, ob der 24. September der französischen Regierung als Datum der Konferenz zuzugewiesen würde. Frankreich, das nach Genf und Brüssel dieselben Persönlichkeiten zu schicken gezwungen ist, ist aus praktischen Gründen dagegen, daß die beiden Konferenzen gleichzeitig stattfinden. Außerdem nimmt die französische Regierung grundsätzlich dieselbe Haltung wie die belgische Regierung ein, nämlich, die Angebote Deutschlands der Reparationskommission zur Prüfung zu unterbreiten. Die französische Regierung hofft, daß auch die englische Regierung sich der Ansicht anschließen wird, der Reparationskommission die Erledigung der Aufgabe, die ihr der Vertrag anvertraut hat, zu überlassen.

Der deutsche Kreuzer „Medusa“ in Königsberg.

Königsberg i. Pr., 10. Sept. (WB.) Das Mehrheitskommando I teilt mit: Auf Anordnung des Reiches ist heute in Königsberg der Kreuzer „Medusa“ eingelaufen. Sein Besuch gilt der Provinz, um auch hier die Frage der deutschen Seemacht wieder zu zeigen und die enge Verbindung des Reiches mit Ostpreußen herzuheben. „Medusa“ ist der erste wieder in den Dienst gestellte Kreuzer von den sechs zukünftigen deutschen Kreuzern. Er ist von der ersten Auslandsfahrt nach Schweden zurückgekehrt. Ueber seinen Besuch dort wird mitgeteilt, daß die deutschen Matrosen herzlich und zuvorkommend aufgenommen worden sind, was nicht zuletzt dem gut disziplinierten Auftreten der Besatzung zu danken ist.

Der russisch-polnische Krieg.

Mobilisation der roten Freiwilligen.

Paris, 10. Sept. (WB.) Dem Daily Telegraph wird aus Kopenhagen gemeldet: Den bolschewistischen Zeitungen zufolge wird die Mobilisation und Organisation der roten Freiwilligen flieberhaft betrieben. Die neu geschaffenen Einheiten sollen für die polnische Front bestimmt sein.

Der Aufstand in der Ukraine.

Paris, 10. Sept. (WB.) Havas meldet über den Aufstand in der Ukraine, daß die Aufständischen Jeteratinoslaw und Rikofajew genommen haben. Alle Verbindungen der Bolschewisten mit Odessa sollen abgeschnitten sein. Peltjura habe eingewilligt, unter folgenden drei Bedingungen mit Wrangel zusammenzugehen: 1. Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine; 2. Bildung einer einheitlichen ukrainischen Armee, welche alle ukrainischen Kontingente in der Wrangelschen Armee aufnimmt, unter ukrainischem Kommando steht und nur in der Ukraine operiert; 3. Wiederherstellung der ukrainischen Verwaltung in allen von den Bolschewisten zurückeroberten Gebieten.

Amsterdam, 10. Septbr. (WB.) Telegraf meldet aus London: Kamerew teilte der englischen Regierung mit, daß er von Tschitscherin eine Note erhalten habe, worin gefordert wird, daß Rußland an der Donaukonferenz teilnehme. Die Note erklärt, daß die Donaufrage für Rußland eine lebenswichtige Frage bilde.

Moskau, 10. Sept. (WB.) Durch Funkpruch. In Baku fand am 2. September die erste Versammlung der Osttürken statt. Sinowjew und Bela Kun nahmen als Vertreter der kommunistischen Internationale der Westtürken an den Besprechungen teil. Zu ihrem Vorsitzenden wählte die Konferenz Lenin. Mitglieder sind u. a. Trotsky und Bela Kun. Der Vorsitzende hielt eine Rede, welche stürmische Sympathiebegeisterung für die Sowjetmächte und Drohungen an die Adresse der Feinde der Arbeiter hervorrief.

Die Streikgefahr in England.

Keine Einigung zwischen Regierung und Bergarbeitern.

London, 10. Sept. (WB.) Wie Reuter amtlich meldet, beständig der offizielle Bericht über die Konferenz der Regierung mit den Bergarbeitern, daß es beiden Seiten nicht gelungen ist, ein Uebereinkommen zu erzielen.

Paris, 10. Sept. (WB.) Nach einer Havasmeldung aus London hat in der heutigen Sitzung des Gewerkschaftskongresses Thomas erklärt, daß die Bergleute ihrer gestrigen

Antwort an die Regierung nichts hinzuzufügen hätten. Heute findet ein Kabinettsrat statt, in dem die neue Lage besprochen werden wird. Wie „Newport Herald“ dazu meldet, sieht man die Möglichkeit eines Appells an das Land voraus, d. h. einer Auflösung des Parlaments, damit die Nation feststellen kann, ob sie die von der Regierung in dem Konflikt eingenommene Haltung billigt.

Berlin, 11. Sept. (Von unferm Berliner Büro.) Wie aus London berichtet wird, hat sich die Lage im englischen Bergbau infolge des Scheiterns der Konferenz zwischen den Vertretern der Regierung und der Vertreter der Bergarbeiter verschlechtert. Wie bereits berichtet wurde, triffen die Delegierten der Arbeiter unmittelbar nach Schluß der Konferenz nach Portsmouth zurück, wo sie den übrigen Delegierten Bericht erstatteten. Im Gewerkschaftskongreß wurde gestern die Lage zur Verhandlung gebracht. Lloyd George, der von dem Mißerfolg der Konferenz in Kenntnis gesetzt wurde, soll mit den in Frage kommenden Ministern Besprechungen abhalten. Man nimmt an, daß Lloyd George selbst die weiteren Verhandlungen mit den Grubenarbeitern in die Hand zu nehmen beabsichtigt, und man hofft, daß es seiner Geschicklichkeit gelingen wird, den Konflikt in friedlicher Weise beizulegen.

Ein Generalfstab der Arbeit.

Amsterdam, 10. Sept. (WB.) Das Allgemeine Handelsblad meldet aus London, daß auf dem Gewerkschaftskongreß in Portsmouth eine Anschließung, in der die Schaffung eines Generalfstabs der Arbeit zur Förderung der Zusammenarbeit der Gewerkschaften gefordert wurde, trotz des Einspruchs von Caines, der erklärte, daß der vorgeschlagene Entwurf auch nicht einen einzigen Schritt vorwärts in der gewünschten Richtung bedeute, mit 4 885 000 gegen 1 767 000 Stimmen durchgehe.

Amsterdam, 10. Sept. (WB.) Einer Meldung des Telegraf zufolge, wird der Generalfstab der Arbeit, dessen Errichtung von dem Portsmouther Gewerkschaftskongreß beschlossen wurde, vermutlich auf der Grundlage gewählt, daß die Bergleute, die Eisenbahner und die Transportarbeiter durch je 2, die übrigen Arbeiter zusammen durch 4 Mitglieder vertreten sein werden.

Rotterdam, 10. Sept. Laut Nieuwe Rotterdamse Courant laudte der Gewerkschaftskongreß von Portsmouth ein zweites Telegramm an Lloyd Georges, worin die Freilassung des Bürgermeisters von Carl gefordert wird.

Ein ernstes Mahnwort an die deutsche Landwirtschaft.

Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, Freiherr v. Siedler-Dieter, richtete auf der Tagung des Verbandes ländlicher Raiffeisen-Genossenschaften am 5. September in Koblenz folgende Mahnworte an die deutsche Landwirtschaft:

Die deutsche Landwirtschaft steht gegenwärtig an einem Wendepunkt. Der lebhafteste und dringendste Verlangen nach dem Abbau der Zwangswirtschaft ist endlich teilweise erfüllt worden. Die Zwangsbewirtschaftung der Kartoffeln ist aufgehoben. In kurzer Frist ist auch das Ende der Fleischbewirtschaftung zu erwarten. Damit ist die Landwirtschaft vor eine verantwortungsvolle Aufgabe gestellt. Schon jetzt werden in Verbraucherreisen lebhafteste Zweifel laut, ob die von landwirtschaftlicher Seite mit dem Abbau der Zwangswirtschaft in Aussicht gestellte Besserung der Ernährungsverhältnisse in Wirklichkeit eintreten werde. Unzweifelhaft wird, wenn sich im Laufe des Winters in der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln und Fleisch Schwierigkeiten ergeben, oder die Preise für diese Erzeugnisse stetig steigen sollten, die Mißstimmung in Verbraucherreisen ebenso heftig gegen die Landwirte laut werden, wie es bisher gegenüber den mit der Zwangswirtschaft betrauten Behörden der Fall war. Gewiß hat die Landwirtschaft, falls allen Anlaß, rechtzeitig darauf hinzuweisen, daß die Folgen der seit Jahren in der Ernährungswirtschaft begangenen Fehler nicht mit einem Schlag beseitigt werden können. Doch auf lange Zeit werden wir darunter zu leiden haben, daß unsere Erzeugung zurückgegangen ist und der Verkehr zwischen den Erzeugern und Verbrauchern durch die Zwangswirtschaft aus seinen natürlichen und gewohnten Bahnen verdrängt worden ist. Dafür kann die Landwirtschaft ebenso wenig verantwortlich gemacht werden wie für die leider schon jetzt festgestellte Tatsache, daß die inländische bisherige Ernte an Brotgetreide zur Ernährung unserer Bevölkerung nicht ausreicht und eine erhebliche Zufuhr aus dem Auslande unvermeidlich sein wird.

Aber andererseits kann sich die Landwirtschaft der Verpflichtung nicht entziehen, soweit es in ihren Kräften steht, dafür Sorge zu tragen, daß die Volksernährung im kommenden zweifellos schweren Winter aufrechterhalten und daß insbesondere den Bergarbeitern, die ihnen zugesagte Erhöhung ihrer Lebensmittelfationen gewährt werden kann. Dazu gehört in erster Linie die beschleunigte Ablieferung des Brotgetreides, soweit es den Erzeugern nicht befallen ist. Ebenso wichtig und notwendig ist eine Verstärkung unter den Landwirten darüber, daß sie die in der eigenen Wirtschaft entbehrlichen Kartoffeln den Verbrauchern zu vertretbaren Preisen zur Verfügung stellen. Es ist in diesem Jahre nicht mehr möglich, durch eine alle Berufsvereinigungen der Landwirte und insbesondere die Genossenschaftsverbände umfassende Organisation den Verkauf der Zwangsbewirtschaftung entzogenen Erzeugnisse unter Wirkung des legitimen Handels einheitlich zu gestalten. Was aber erreichbar ist und erreichbar werden muß, ist meines Erachtens das Folgende: In den einzelnen Kreisen und Gemeinden treten die Leiter der bäuerlichen Organisationen,

der landwirtschaftlichen Volksteilungen der Bauernvereine, Bund der Landwirte, der freien Bauernschaften und der Genossenschaften baldmöglichst zu einem Ausschuss zusammen, welcher den Verkaufspreis für die Kartoffeln festsetzt und dafür Sorge trägt, daß die festgesetzten Preise nicht überschritten werden. Erfreulicherweise ist in einigen Bezirken der Rheinprovinz ein solches Abkommen bereits zustande gekommen. Die bisher festgesetzten Preise bewegen sich zwischen 15 und 20 Mark für den Zentner, gewiß ein Beweis dafür, daß die Landwirte Wucherpreise nicht verlangen. Möge bald auch anderwärts in gleicher Weise vorgegangen werden. Dann ist der Weg eröffnet, auf dem in den folgenden Jahren die Landwirtschaft auch in anderen Erzeugnissen die Preisregelung unter der Parole: Weg mit den Schiebern und Homisten selbständig in die Hand nehmen kann.

Der Streik um die Einführung der amerikanischen Milchfäße.

□ Berlin, 11. September. (Von unserm Berliner Büro.) Im Reichsernährungsministerium hat man sich nun endlich zu dem Beschlusse aufgerafft, der schon längst hätte gefaßt werden müssen, nämlich man hat gestern beschlossen, die Einfuhr der zunächst angebotenen 2500 amerikanischen Milchfäße freizugeben. Durch einen unverständlichen Bürokratismus in dieser doch immerhin für die Ernährung der deutschen Bevölkerung, besonders der Kranken und Säuglinge wichtigen Frage viel kostbare Zeit vergeudet worden. In der gestrigen Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses übten die Unabhängigen an dem Verhalten des Ernährungsministeriums heftige Kritik. Minister Dr. Hermes erklärte, daß er die Sonderpolitik des Roten Kreuzes nicht dulden könne, da es nicht im Interesse des deutschen Volkes gelegen sei, Milchfäße einzuführen, sondern daß unser Wunsch nach der Einfuhr von Kraftfuttermitteln gehe. Die Vertreter der beiden sozialistischen Parteien erklärten nach dem Bericht der „Freiheit“ sich mit dieser Auskunft nicht befriedigt und wiesen darauf hin, daß die Entscheidung des Ministeriums nicht nur wegen des Eintrags, den sie im Ausland hervorzurufen müßten, zu bedauern sei, sondern auch, daß sie völlig ungerechtfertigt sei. Die Unabhängigen brachten ferner folgenden Antrag ein: Der Ausschuss kann die Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung nicht billigen, fordert vielmehr das Ministerium auf, die Einfuhr mit aller Kraft zu fördern, um die Versorgung der Säuglinge und Kranken mit Milch nach Möglichkeit sicher zu stellen. Die „Freiheit“ ist der Meinung, daß die Haltung des Ministeriums von der Furcht der Landwirte beeinflusst gewesen sei, daß die Lieferungen der Röhre eine Herabdrückung des Preises für Röhre bei uns in Deutschland hervorgerufen würden.

Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion.

□ Berlin, 11. Sept. (Von unserm Berliner Büro.) In der gestrigen Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages berichtete Ernährungsminister Hermes über die Zusammenkünfte in London und Straßburg, die im Anschluß an die Abmachungen von Spa stattgefunden haben. Am allgemeinen ging, so betonte er, das Bestreben dahin, Mittel und Wege zu finden, auf denen die Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte in Deutschland selbst gehoben werden könnte. Ferner wurde auf diesen Zusammenkünften versucht, die uns zur Verfügung gestellten Vorschläge in der Weise zu verwenden, daß die Art der Rohstoffe und ihr Herkunftsland uns überlassen bleiben. Die dann einsetzende Besprechung über die bisherige Ablieferung von Getreide ergab die Möglichkeit, daß die 2 Millionen Tonnen Getreide, deren Ausbringung für die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Fleisches gefordert wird, bis zum 1. Oktober zur Verfügung stehen. Weder zu großer Optimismus noch zu großer Pessimismus sei in dieser Beziehung angebracht. Die weitere Besprechung dieses Gegenstandes wurde auf Samstag vertagt.

Anhebung der Zwangsbewirtschaftung für Fleisch.

□ Berlin, 11. Sept. (Von unserm Berliner Büro.) In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde die Anhebung der Zwangsbewirtschaftung für Fleisch für den 1. Oktober gegen den Einspruch der sachlichen Vertreter angenommen. Durch eine Uebergangsverordnung soll der Viehhandel und der Kleinhandel mit frischem Fleisch der Erlaubnispflicht unterstellt werden. Für den Handel mit Vieh werden Schlachtscheine gefordert und für den Kleinhandel Ausweitung der Preise. Bayern hatte im Reichsrat beantragt, daß vom 16. September ab der Ausnahmsgrad für das Brotgetreide auf 85 Proz. herabgesetzt werde. Dieser Antrag wurde damit begründet, daß die jetzige Beschaffenheit des Brotes so schlecht ist, daß die Bevölkerung es nicht mehr annehmen will. Bayern befürchtet einen Zusammenbruch der Getreidezamtwirtschaft, wenn der Ausnahmsgrad nicht herabgesetzt wird. Der Reichsrat schloß sich dem an, setzte aber als Termin für die Durchführung den 20. September fest, da sonst die Frist zu kurz wäre.

m. Köln, 11. Sept. (Priv. Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Neudlinghausen: In einer vom Regierungspräsidenten von Merfeldt einberufenen Versammlung der Ortsgemeinschaft der Weggenmeister, die sich mit den wirtschaftlichen Folgen der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Fleisch befaßte, wurde von den Weggen auch auf die Gefahr einer gewaltigen Preistreibererei hingewiesen, wie sie sich auch bei der Freigabe des Eierhandels gezeigt habe. Man verlangte eine amtliche Preisregelung. Regierungspräsident von Merfeldt nahm von diesen Darlegungen Kenntnis und machte Mitteilung über die von der Provinzialregierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sicherung einer angemessenen Fleischversorgung des Industriebezirks.

Lebensmittel für Maschinen.

□ München, 11. Sept. (Priv. Tel.) Aus Augsburg wird demnachste noch den Oststaaten, vorerst nach Serbien, eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Stadt und der Industrie, abgehen, die auf dem Kompensationswege für Maschinen Lebensmittel einkaufen wird. Die schon vor dem russisch-polnischen Kriege eingeleiteten Verhandlungen, die dann zum Stillstand kamen, sind nun wieder aufgenommen worden.

Der Kampf um den Berliner Stadtschulrat.

— Berlin, 9. Sept. Aus den gestrigen Verhandlungen des Großen Berliner Volkswirtschaftlichen Ausschusses wird berichtet: Zu der Besetzung des Schulratspostens war eine große Zahl von Einsprüchen von Lehrervereinen und Elternvereinen gegen die Wahl von Dr. Löwentheins eingegangen; ferner wurden mehrere Bewerbungen um den Posten zur Kenntnis des Ausschusses gebracht, ohne daß auf eine dieser Bewerbungen Rücksicht genommen wurde. Von Seiten der Deutschen Volkspartei wurde der Berliner Stadtschulrat für das höhere Schulwesen Dr. Reimann, von den Unabhängigen der sozialdemokratische Schriftsteller und Gewerkschaftsleiter Dr. Löwentheins in Charlottenburg vorgeschlagen. Weitere Vorschläge wurden nicht gemacht. Von einem Redner der Unabhängigen wurde zur Begründung der Kandidatur Dr. Löwentheins ausgeführt, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe „Nach und nach“ seien. Dr. L. wurde

nicht als Schulfachmann, sondern als Politiker angegriffen. Er könne den Anspruch auf die Bestätigung „Schulfachmann“ wohl erheben; er habe vielmehr Unterricht in Privatheimen und Arbeitervereinen (?) erteilt. Wenn Dr. L. für die württembergische Schule in die Reichsversammlung eintrete, so müßte herangezogen werden, daß die christliche Schule in der Reichsversammlung keine Stütze habe. Die U. S. P. wolle mit dieser Kandidatur nicht Politik in die Schule hineintragen, sondern gerade durch sie die Schule entpolitisieren.

Diesen Ausführungen wurde von den Rednern aller bürgerlichen Fraktionen, unter denen sich zufälligerweise auch Vertreter aller drei Lehrergruppen: Oberlehrer, Fachlehrer und Volksschullehrer, befanden, mit größter Entschiedenheit abweisend entgegengetreten. Dr. Löwentheins könne unter keinen Umständen als Fachmann bezeichnet werden. Gerade für diesen schwierigen Posten, von dem auch ein sozialdemokratischer Redner später zugab, daß er im Magistrat noch wichtiger als der Posten des Oberbürgermeisters sei, müsse aber ein hervorragender tüchtiger Fachmann gewonnen werden. Dies treffe in jeder Beziehung auf Dr. Reimann zu. Wenn Dr. Löwentheins trotz der nachdrücklichen Kundgebungen, die seitens der Lehrerschaft gegen ihn erhoben worden seien, gewählt würde, werde durch die Kritik der Lehrerschaft und der Elternvereine ein Sturm der Entrüstung gehen. Die Erziehungsbehörden hätten durch den Anfall der Elternratswahlen demiekt, daß sie an dem christlichen Charakter der Schule festhalten wollten. Alle großen Lehrerverbände hätten sich gegen Dr. Löwentheins und für einen anerkannt tüchtigen Fachmann ausgesprochen. In der Berliner Lehrerkammer hätten auch die sozialistischen Lehrer, ohne politisch und konfessionell Stellung zu nehmen, die Berufung eines erprobten Schulfachmannes verlangt.

Von dem nationaler Seite wurde noch darauf hingewiesen, welche unumgängliche Lage sich ergebe, wenn ein fähiger Schulrat wie Dr. Löwentheins als Patronatsvertreter des Magistrats den Kirchen gegenüber auftritt. Von sozialdemokratischer Seite wurde schließlich beantragt, da Dr. Löwentheins auch der U. S. P. noch nicht genügend bekannt sei, ihn zur nächsten Sitzung am Freitag einzuladen. Dies wurde mit großer Mehrheit beschlossen, eine Einladung Dr. Reimanns aber abgelehnt.

Berlin, 11. Sept. Der Ver-Ausschuss zur Vorbereitung der Wahlen der Mitglieder für den Berliner Magistrat wählte mit 14 Stimmen der U. S. P. D. und der S. P. D. den unabhängigen Stadtwirtschaftler Dr. Löwentheins zum Schulrat von Groß-Berlin. 9 Stimmen wurden für den bisherigen Stadtschulrat Dr. Reimann abgegeben.

Der Reichstag des deutschen Handwerks.

ab. Jena, 9. September.

1. Im Anschluß an den von uns bereits mitgeteilten Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs Dr. Meusch-Hannover nahm die Reichstagung des deutschen Handwerks zunächst zu der wichtigen Frage der Neugestaltung der beruflichen Organisation des Handwerks und Gewerbes folgende Beschlüsse an:

„Um das selbständige Handwerk und Gewerbe in Ausführung des Artikels 164 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 in Geseßgebung und Verwaltung zu fördern, ist eine Neugestaltung der beruflichen Organisation des Handwerks und Gewerbes unbedingt erforderlich.“

I. Der Reichsverband des deutschen Handwerks fordert deshalb den Erlass eines neuen Reichs-Handwerkergesetzes, das als Rahmengesetz unter Aufhebung des Titels VI der bestehenden Gewerbeordnung die Berufsvertretung des Handwerks und Gewerbes auf der Grundlage der Pflichtzugehörigkeit Innungs- oder Fachverbände und Handwerks- und Gewerbestammern überträgt. Die Bildung von Handwerker-Genossenschaften wird durch die berufliche Pflichtorganisation nicht verührt.

II. Grundsätzlich sind für jeden Handwerkbetrieb, nützlichfalls unter Zusammenfassung verwandter Gewerbe, Innungen oder Fachvereine zu bilden. Sie sind in Landes- und diese in Reichsverbände zusammenzuschließen. Jeder Handwerkbetrieb muß der Innung oder dem Fachverein seines Berufes oder der gleichzeitigen Beruf und Gewerbestammern überträgt. Die Bildung von Handwerker-Genossenschaften wird durch die berufliche Pflichtorganisation nicht verührt.

III. Handwerks- und Gewerbestammern sind in der Regel für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde zu errichten. Der Landeszentralbehörde soll jedoch die Wahrung der Bezirke nach gutachtlicher Anhörung der beteiligten Berufsvertretungen des Handwerks vorbehalten bleiben. Die Landeszentralbehörden derjenigen Länder, in welchen andere gesetzliche Einrichtungen (Gewerbestammern) zur Vertretung der Interessen des Handwerks vorhanden sind, können diesen Körperschaften übertragen, wenn ihre Mitglieder, soweit sie mit der Vertretung der Interessen des Handwerks betraut sind, aus Wahlen von Handwerkern des Bezirkes hervorgehen und eine besondere Abstimmung der dem Handwerk angehörenden Mitglieder gefordert ist.

IV. Dem Ermessen der Landeszentralbehörden bleibt es überlassen, die Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen, soweit ihnen durch die gegenwärtige Gesetzgebung behindepfende Rechte zustehen, bei der Bildung der sachlichen Organisationen zu beteiligen.

V. Die Handwerks- und Gewerbestammern eines Landes oder mehrerer Länder oder Landestteile treten zu dem Landesstammern zusammen. Die Innungen (Fachverbände) der gleichen Bezirke treten zu den Bezirks- oder Landesstammern zusammen. — Der Landesstammern und das Korrelat der Landesstammern (Fachverbände) bilden zu gleichen Teilen den Landesgewerbeverband. Dieser regelt seinen Aufgabenkreis selbst.

VI. Die Handwerks- und Gewerbestammern im Deutschen Reich sind zu einer Gesamtvertretung (Handwerks- und Gewerbestammernrat) zusammenzuschließen. Als berufliche Einheitsvertretung der Handwerks- und Gewerbestammern, Reichs-Innungs- (Fach-) Verbände, des Deutschen Gewerkschaftsverbandes, des Verbandes der Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen sowie der in den Ländern oder Reichsteilen bestehenden Handwerkerverbände ist der Reichsverband des deutschen Handwerks beizubehalten und mit öffentlicher Rechtspersönlichkeit auszustatten.

VII. Die Handwerks- und Gewerbestammern gehen hervor aus Wahlen, die nach dem Grundsatze des direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts auf der Grundlage von Wählkreisen vorzunehmen sind. Die Wählkreise sind nach Berufsgruppen aufzustellen.

VIII. Die Innungen oder Fachvereine und die Handwerks- und Gewerbestammern sind im Hinblick auf § 165 der Reichsverfassung nur für die Arbeitgeber des Handwerks zu bilden. Für die Arbeitnehmer des Handwerks sind selbständige Einrichtungen zu schaffen, die von den Vertretern der Arbeitnehmer zu errichten sind. Die Berufsvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Handwerks errichten paritätisch besetzte Ausschüsse, denen die gemeinsame Stellungnahme zu den in Artikel 165, Absatz 1, der Verfassung des Deutschen Reiches bezeichneten Fragen obliegt. Die nähere Regelung erfolgt nach Maßgabe des Gesetzes über die Bezirkswirtschaftsräte.

IX. Die Zuständigkeit der Berufsvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Handwerks ist über die Befugnisse der derzeitigen gesetzlichen Interessenvertretungen des Handwerks hinaus stark zu erweitern. Sie darf durch die Befugnisse der Bezirkswirtschaftsräte nicht beeinträchtigt werden. Vielmehr muß sich die Zuständigkeit der Bezirkswirtschaftsräte auf den Ausgleich der Interessen der verschiedenen Berufsstände innerhalb ihres Bezirkes und auf deren Vertretung gegenüber dem Reichswirtschaftsrat beschränken.

X. Endlich fordert der Reichsverband des deutschen Handwerks, daß ihm eine ausreichende Gelegenheit zur gutachtlichen Mitwirkung bei der Vorbereitung der nach Artikel 165 der Reichsverfassung zu erlassenden Reichsgesetze gegeben wird.

Ferner bestimmte folgende Entschließung zum Tätigkeitsbericht per Annahme: „Die Verankerung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks durch die neue Verfassung im Reichsgesetzgebungsbereich des Reichsverbandes gegen die gewerkschaftlichen Organisationen, die Landes- und Bezirksverbände einbringen und andere wirtschaftliche Verbindungen, die ihre Spitzenvertretungen nicht im Reichsverband haben.“

Sie betritt nachdrücklich den Standpunkt, daß eine wirksame und nachhaltige Interessensvertretung des Handwerks nur möglich ist auf streng berufständiger Grundlage und nicht jede zwischenberufliche Vertretung mit anderen Berufsständen grundsätzlich abgelehnt wird. Eine Zusammenarbeit mit den berufständigen Gruppen anderer Gewerbestände ist nur auf feststellbarer Grundlage möglich und anzustreben.“

Es folgten Berichte über die Gründung der Gruppe der Handwerkerverbände und die Aufnahme der Handwerkerverbände, im Anschluß daran beschloß die Tagung:

„Der Reichsverband des deutschen Handwerks warnt eindringlich vor Versuchen zur Bildung einer selbständigen politischen Handwerkerpartei oder deren Anschließung an besondere Mittelstandsgruppen bei politischen Wahlen, weil dadurch der Einfluß des Handwerks auf die politischen Parteien verloren geht.“

Er empfiehlt rechtzeitige Verhandlungen der Handwerkerverbände mit den politischen Parteien zwecks Aufstellung von Stabesmitgliedern des Handwerks durch die Parteien und Vertretung der übrigen Handwerker auf die wirtschaftspolitischen Fortbewegungen des Handwerks.

Um diesen Verhandlungen die nötige Durchschlagskraft zu geben, ist es dringend erforderlich, daß sich die Handwerker in ihrer Parteistellung nachdrücklich an politischen Leben beteiligen, um sich dadurch innerhalb der Parteien die notwendige Stellung zu verschaffen.“

Vertreten wurde der Reichsverband des deutschen Handwerks durch den Generalsekretär Dr. Meusch-Hannover, Mitglied des Reichswirtschaftsrates Hermann Reimann zum Thema „Verbindungswege“ folgenden Antrag:

„Der Reichsverband des deutschen Handwerks richtet an die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches die dringende Bitte, das öffentliche Berechnungswesen unverzüglich in einem für das Reich, die Länder, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts verbindlichen Reichsstatistikgesetz neu zu ordnen, in welchem die Berechnung handwerkstypischer hergestellter Arbeiten an die Organisationen des Handwerks grundsätzlich festzulegen ist.“

Die übrigen Verhandlungen betrafen das Stanklassenwesen, die Reichswirtschaftsstelle u. a. m. Die endgültige Beschlußfassung hierüber wurde der morgigen Hauptversammlung vorbehalten.

Deutsches Reich.

Ausbau des Gewerkschaftsringes.

Der Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände hat, um der in ihm vertretenen Verteilung der Arbeitnehmerschaft nach außen hin sichtbaren Ausdehnung zu verhelfen, seinen Namen in Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände umgewandelt. Er hat ferner infolge einer Umbildung erfahren, als ihm der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. A. B.), bestehend aus dem Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, dem kaufmännischen Verein von 1888 in Hamburg, dem Deutschen Angestellten-Bund in Magdeburg und dem Verein der Deutschen Kaufleute in Berlin, beigetreten ist. Die Angestelltengruppe des Gewerkschaftsringes umfaßt damit kaufmännische, technische und Bureauangestellte beiderlei Geschlechts in Handel, Industrie und Verwaltung. Die Geschäftsstelle des Gewerkschaftsringes befindet sich in Berlin N. O. 36, Großsiegelstraße 221/222. Damit ist neben dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund sozialistischer Richtung und dem christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbund die Zusammenfassung der auf parteipolitisch neutralem Boden stehenden Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände zu einer führenden Gesamtorganisation auf einer neuen umfassenden Grundlage durchgeführt. Der Ausbau der örtlichen Gliederungen im Reich ist in Vorbereitung. Im Spätherbst d. J. wird der Gewerkschaftsring mit einer in Berlin geplanten Tagung an die weitere Öffentlichkeit treten.

Die Spaltung der U. S. P.

□ München, 11. Sept. (Priv. Tel.) Die Münchener U. S. P. steht auch am Scheidewege. Für gestern, Freitag abend, war eine Mitgliederversammlung der Partei einberufen, in der die von den Führern Sowjet-Rußlands gestellten Bedingungen für den Anschluß an die 3. Internationale in Moskau eingehend erörtert wurden. Von einer Abstimmung wurde inoffen abgesehen. Diese soll in den Sektionen erfolgen.

Wahl.

Bismarcks, 10. Sept. Sozialminister Dswald, der gestern Kaufstadt einen Besuch abgestattet hatte, traf heute von Sanbon kommend, hier ein. In seinen Ausführungen nahm einen besonderen Platz die 3. herrschende Arbeitslosigkeit, und die Bemühungen, ihr zu begegnen ein. In kürzester Frist soll die furchtbare Wohnungsnot der Stadt Bismarcks zur Sprache, von dem sich der Minister durch Augenblicke persönlich überzeugen dürfte.

Letzte Meldungen.

Die Lösung des Konflikts in der italienischen Metallindustrie.

□ Berlin, 11. Septbr. (Von unserm Berliner Büro.) Mailänder Blätter stellen in bezug auf die italienische Metallarbeiterbewegung fest, daß sie einer Lösung entgegengehe. Giolitti sei auch der Ansicht, daß der bestehende Konflikt auf gutlichem Wege beigelegt werden müsse. Nach einer Meldung des „Corriere della Sera“ macht sich unter den liturgischen Metallarbeitern, die die Werkstätten besetzt haben, eine wachsende Entmutigung bemerkbar. Zahlreiche Arbeiter haben bereits die weitere Teilnahme an der Besetzung abgelehnt. In Mailand und Genua wurden starke Truppenmassen zusammengezogen, um Unruhen zu vermeiden. In Turin haben sich die Industriellen zum Widerstand zusammengeschlossen. Da die Industriellen am letzten Samstag keinen Lohn ausgezahlt hatten, beschloßen die Gewerkschaften, von den Lebensmittelgeschäften Kredite von vorläufig 200 Lire für jeden Arbeiter zu verlangen.

Tumulte in Dresden.

Dresden, 11. Sept. (Priv. Tel.) Obgleich die Regierung die Arbeitslosen vor Zusammenrottungen vor einigen Tagen warnte, kam es gestern und in voriger Nacht zu Tumulten, weil die Gewerkschaften mit 2 Beamten des Zentralarbeitsnachweises nicht zufrieden waren. Wie jetzt bekannt wird, sind bei diesen Unruhen 23 Erwerbslose mehr oder weniger schwer verletzt worden. Ebenfalls trugen einige Beamte der Sicherheitspolizei Verwundungen davon. Auf dem Postplatz wurde ein Reichswehrpolist niedergestochen.

*

Freiburg i. B., 11. Sept. (W. B.) Die Vertreterkonferenz der süddeutschen christlich-nationalen Arbeiterschaft erließ nach der „Freiburger Tagespost“ einen Aufruf, in dem die christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten aufgefordert werden, alle Kräfte zusammenzuschließen zu entschlossener Tat, um aus dem gegenwärtigen Jammer herauszukommen, in den gemäßigten Kräfte das deutsche Volk zum Zweck beständiger Unruhen erhalten wollen. Revolutionsäre Wünsche wie jetzt in Nürnberg müssen in Zukunft mit allen Mitteln verhindert werden. In der Entschließung lehnt der Vertreterkongress ferner die Verteilung zur Gründung einer neuen christlichen Arbeiterpartei ab.

Brandenburg, 10. Sept. (Priv. Tel.) Eine die Brandenburgerische Landesregierung meldet, ist es an Freitagmittag die in der Hauptstraße 11 wohnende Frau des Hofmanns, die ihren Mann bei der Arbeit im Markt von 1 1/2, 5 und 3 Jahren, die sie ihren Mann durchschneidete, nachdem sie sie vorher durch Schläge mit dem Beil auf den Kopf bedacht hatte. Nach der Tat ergreift sie die Frau durch Verlassen eines Gasohlnes. Der Grund zu der Tat sind eheliche Zerwürfnisse.

Sitzung des Bürgerausschusses

am Freitag, den 10. September 1920.

Oberbürgermeister Dr. R u h e r eröffnet um 3.15 Uhr die Sitzung in Anwesenheit von 75 Mitgliedern.

Die Galerie ist stark besetzt, in der Hauptsache von städtischen Beamten.

Beantwortung einer Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion.

Anfrage: Die Steinarbeiter in Mannheim leiden andauernd unter Arbeitslosigkeit. Trotzdem vergibt das städtische Hochbauamt immer wieder Steinhaubarbeiten an Unternehmer zu Steinbruchpreisen, d. h. unter der Voraussetzung, daß die Arbeiten auswärts angefertigt werden. Ist die Stadtverwaltung bereit, die städtischen Arbeiter anzuweisen, daß alle Arbeiten, die zu vergeben sind, in erster Linie dazu verwendet werden, die Arbeitslosigkeit in Mannheim zu beheben.

Antwort: Es ist zwar richtig, daß bei den Arbeiten für die Beibehaltung an der Hochuferstraße und am Reiterplatz ein Teil der Steinhaubarbeiten auswärts — im Steinbruch — angefertigt wurde. Abgesehen von der damit für die Stadt erzielten Ersparnis — die bis zu 20 Proz. ausmachte — geschah dies aber deswegen, weil gleichzeitig Arbeiten gleicher Art in noch höherem Betrage hier in Mannheim für über 200 000 M. ausgeführt wurden und alle Arbeiter voll beschäftigt waren. Die Vergabe nach auswärts war auch deshalb nötig, um den Fortgang der übrigen Bauarbeiten nicht aufzuhalten. Im übrigen steht aber die Stadtverwaltung auf dem Standpunkt, daß alle zu vergebenden Arbeiten in erster Linie zur Beschäftigung der Mannheimer Arbeitslosen dienen müssen. In diesem Sinne ist von den verschiedenen Amtsstellen zu verfahren, so lange nicht ganz besondere Gründe im Einzelfall eine abweichende Behandlung gebieten. Zur Umänderung der Rot hat die Stadtverwaltung erst am 27. v. Mis. für 25 000 M. Steinhaubarbeiten vergeben, indem sie aus den im alten Gaswerk lagernden Steinen Treppen herstellen ließ. Weiter besteht die Möglichkeit, auch noch aus altem Material für etwa 12 000 M. Sockelstufe auf Vorrat anzufertigen zu lassen. In größerem Umfang wird sich Arbeitsgelegenheit für die Steinhaubarbeiter erst wieder bieten, wenn die geplanten großen Wohnungsunternehmungen ausgeführt werden. Inzwischen soll versucht werden entsprechend den von den Steinbauern mündlich gegebenen Anregungen in kleinem Maße Arbeit zu beschaffen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Stadtbefoldungsplanung.

Die Deutschnationale Fraktion hatte folgende Anträge eingebracht:

Antrag 1: „Die Zeit, die der Beamte in einem sonstigen öffentlichen Dienste oder in einer für das ihm übertragenen Gemeinwesen wertvolle sonstige Beschäftigung zugebracht hat, muß bei dem in Dienst der Stadt befindlichen Beamten mündelns zur Hälfte angerechnet werden. Ueber die Berücksichtigung der restlichen Zeit entscheidet der Stadtrat.“

Antrag 2: „Bei der ersten Beförderung muß mindestens die Hälfte der bis dahin nicht angerechneten Militärdienst- oder Marinezeit angerechnet werden; über die Anrechnung weiterer Jahre entscheidet der Stadtrat.“

Antrag 3: „In dem Satz „Der Stadtrat kann die Anwärterzeit im einzelnen Falle herabsetzen und demgemäß die Bezüge der weiteren Anwärterzeitjahre gewähren“ wird ein Zusatz beantragt: „Eine solche Herabsetzung muß insbesondere bei den Militäranwärtern von 30 Jahren und auswärts, sowie bei Beamten mit wissenschaftlicher Vorbildung stattfinden und zwar bis auf drei Jahre.“

Antrag 4: „Es wird zu C. Kinderzuschläge beschlossen. Der § 11 soll lauten: Die Beamten einschließlich der Beamtenanwärter und der Anfänger erhalten für jedes unterhaltungsbedürftige Kind einen Kinderzuschlag; dieser beträgt für Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr monatlich 40 Mark, bis zum vollendeten 14. Lebensjahr monatlich 50 Mark und während der Ausbildungszeit zu einem Betrage monatlich 60 Mark. Voraussetzung ist hierbei, daß während der Ausbildungszeit keine Einnahme in der oder Naturalien erzielt werden. Als obere Grenze, bis zu welcher der Kinderzuschlag gewährt werden kann, wird das vollendete 24. Lebensjahr (im Verlaufe der Debatte auf 21 Lebensjahre beschränkt) festgesetzt.“

Antrag 5: „Es soll den wissenschaftlich gebildeten Beamten generell die Möglichkeit gegeben sein, und soweit dies nicht schon durch die Erklärung der Gruppe 10 vorgesehen ist, in die nächste höhere Gruppe aufzurücken, ebenso wie es auch anderen Beamten, den Straßendirektoren, Aufsehern u. Oberleitenden möglich gemacht ist, in eine höhere Gruppe zu gelangen. Auch für die wissenschaftlich gebildeten Beamten sollte das Aufsteigen nach 10 Dienstjahren gesichert sein.“

Antrag 6: „Entsprechend der einstimmig gefaßten Resolution des Bürgerausschusses vom 2. März 1920 wolle zu II Absatz 2 beschlossen werden: Die vor dem 1. April 1919 in den Ruhestand versetzten Beamten, sowie die Hinterbliebenen dieser Beamten und vor dem 1. April 1919 in Dienst versetzten Beamten werden bezüglich ihrer Bezüge genau so behandelt, wie diejenigen Beamten oder Hinterbliebenen, die nach dem 1. April 1919 versetzungsbevorzugt werden; dementsprechend sind die Satzungen zu ändern.“

Sta. B. Pfeiffer (Soz.) begründet in längeren Ausführungen die Vorlage. Er geht auf die nicht befriedigten Wünsche einzelner Beamten ein, spricht jedoch die Befürchtung aus, daß im Einzelnen auf diese Wünsche ein Herausreißen von Steinen aus dem Ganzen Befüge bedeuten würde, das eine Voderung derselben im Gebiete haben müßte. Wenn die Mehrbelastung auf den Steuerfiskus geworfen werden sollte, so würde das für das Betriebsvermögen 50 Proz. auf das Vermögensvermögen 50 Proz. Mehrbelastung zur Folge haben. Er empfiehlt schließlich die Vorlage zur Annahme.

Oberbürgermeister Dr. R u h e r gibt drei Abänderungsanträge bekannt. Am weitesten geht ein Antrag der Fraktion der U. S. P., die Vorlage zurückzuweisen und sie auf anderer Grundlage aufzuheben. Die andern beiden Anträge wünschen die Besserstellung der Volksschullehrer.

Sta. Dr. R u h e r (Soz.) weist darauf hin, daß man vor einer Kritik an der Vorlage zuerst die Reichsbefoldungsordnung kritisieren müsse. Richtig sei, daß in der neuen Befoldungsordnung noch schwere Mängel enthalten sind. Der Redner beipflichtet mehrere dieser Mängel. Er hätte eine Fraktion gewünscht, daß der Anfangsgrundgehalt der Militäranwärter etwas höher gesetzt worden wäre. Bei den Lehrsatzzuschlägen sei eine stärkere Kritik berechtigt. Orts- und Lehrsatzzuschläge sollten bei allen Beamten gleich sein; Redner schlägt einen Antrag seiner Fraktion, demzufolge die Kinderbeihilfe auf den gewöhnlichsten Lehrsatzzuschlag von 6000 M. nicht angerechnet werden soll. Ein weiterer Antrag wünscht, daß die Beamten der Gruppen 8 und 9 eingereiht werden, damit der Zugang der Lehrkräfte nach Mannheim nicht ungenügend beeinflußt wird. Von den vorliegenden Deutschnationalen Anträgen lehnt der Redner namens seiner Fraktion die meisten ab. Mit Entschiedenheit wendet sich der Redner gegen den Antrag der Unabhängigen, welcher die Einteilung der städtischen Beamten in vier Gruppen wünscht. Zum Schluß richtet der Redner an den Oberbürgermeister die Anfrage, wann die Ausführung der rückständigen Beträge im Falle der Annahme der Vorlage erfolgen werde.

Sta. Bähler (Dem.): Schon 1919, wo der erste Entwurf vorgelegt wurde, habe man darauf verwiesen, daß die Länder und Gemeinden folgen müßten. An manchen Punkten konnte man Kritik üben, wo die Befoldungsplanung grundlegend von der Reichsbefoldungsplanung abweicht. Aber bestmüßigst werde keine Fraktion für die Vorlage stimmen. Redner nimmt dann Stellung zu den verschiedenen Anträgen. Er warnt dringend, dem Antrag der Unabhängigen zuzustimmen, denn die Beamten wollen endlich

wissen, wie sie daran sind; die Einküufe zur Deckung für den Winter stehen vor der Tür. Er bitte darum, den Beamten sofort eine Abschlagszahlung zu diesem Zwecke zu geben. Dem ersten Antrag der Deutschnationalen werde seine Fraktion zustimmen, zum zweiten Antrag, welcher eine besondere Berechnung der Militärdienstzeiten verlangt, schlägt der Redner vor, daß die hierauf bezüglichen Bestimmungen des Reiches auf die Stadt übernommen werden. Redner wendet sich gegen die festgesetzte Grenze von 18 Jahren für die Gewährung der Kinderzulage, man solle sie gewähren bis zum 21. Lebensjahre gemäß den Bestimmungen der Reichsbefoldungsordnung. Bezüglich des weiteren Punktes in dem Antrage der Deutschnationalen über die Hinterbliebenen der Beamten bemerkt der Redner, daß dieselben doch als die Kernisten der Armen angesprochen werden müßten. Auf den Antrag der Sozialdemokraten, betreffend die Lehrer, eingehend, ist der Redner der Ansicht, daß die Gleichstellung der Lehrer mit den Beamten, mit denen sie seit Jahren gleichstanden, auch fernerhin erfolgen solle, es sollte den Lehrern der Eintritt in die Gruppe 8 und 9 unbedingt gestattet werden. Eine große Anzahl Lehrer habe sich bereits von Mannheim weggemeldet. Man sollte es als einen Akt der Gerechtigkeit ansehen was in den sozialdemokratischen Anträgen verlangt wird und er bitte, denselben zuzustimmen. Unter allen Umständen müsse damit gerechnet werden, daß wenn unsere städtische Finanzwirtschaft gesund sein soll, die Zahl der Beamten obshubeln. Sollte wieder eine Revision stattfinden, sollte die betreffende Kommission auch mit Stadtverordneten, nicht nur mit Stadträten besetzt werden und den Interessententfassen.

Sta. Brämmer (U.S.P.) erkennt ohne weiteres an, daß das vorliegende Werk wichtig ist, vermischt aber den sozialen Geist. Das notwendige Existenzminimum sei nicht gewährt. Das einzig Gute sei die Gleichstellung der weiblichen mit den männlichen Angestellten in der Bezahlung. Eine Anrechnung an die ungenügende Reichsbefoldungsordnung könne für Mannheim nicht in Frage kommen. Die städtischen Beamten hätten gar keine Veranlassung, ihre Anerkennung über das Werk auszusprechen. Die frühere Unterwürfigkeit sei nicht mehr am Platze. Mit Entschiedenheit wendet sich der Redner gegen die Einteilung der Beamten in 13 Gruppen. Die Bezahlung innerhalb dieser Gruppen erfolge nicht nach den Leistungen, sondern nach den Dienstjahren. Dadurch werde die Arbeitsfreudigkeit nicht gehoben. Aber selbst in der Dauer der Dienstjahre werde ein Unterschied gemacht. Das ganze System müsse abgeschafft werden. Wenn man dem abgedankten Ministerpräsidenten ein Existenzminimum von 20 000 M. gewährt habe, so müsse man diesen Grundsatz auch den städtischen Angestellten zubilligen. Redner beharrt auf dem Antrag seiner Fraktion, die Vorlage zurückzuweisen und die Beamten in 4 Gruppen einzuteilen. Weiter wünscht der Redner, daß das Dienstalter beseitigt und kein Unterschied in der Bezahlung zwischen städtischen Beamten und Auswahlangestellten gemacht wird. Sollte der Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage abgelehnt werden, dann werde seine Fraktion dem Antrag auf Besserstellung der Lehrer zustimmen. Die Anträge der Deutschnationalen lehnt der Redner mit Ausnahme des ersten ab. Die vorliegende Vorlage lehne seine Fraktion ab, weil sie ungenügend sei. Bis zur Ausarbeitung einer neuen Vorlage könne man den Beamten einen Vorstoß geben. (Lebhafte Beifall auf der Galerie.)

Oberbürgermeister Dr. R u h e r bemerkt, er warne davor, sich in allzugroße Phantasien zu verlieren. Sta. Brämmer habe die Befoldungsordnung mit einer Wüste verglichen; eine Wüste könne sie nicht sein, dazu habe die Stadt nicht die Mittel. Man habe dieselben Gruppengehälter genommen wie bei der Reichsbefoldungsordnung. Die Nationalversammlung hat die Reichsregierung ersucht, auf die Gemeinden einzuwirken, daß sich die Gemeinden derselben anpassen. In Preußen habe man diese Anwendung schon durch Gesetz zum Zwange gemacht. (Zuruf: In Preußen!) Wir sind aber nahe daran. Die allgemeinen Ausführungen des Sta. Brämmer gehörten, genau genommen, vor den Reichstag, dann hätte man nicht einen Schimmer von Verantwortung. Die Stadt sei an die Bestimmungen der Reichsbefoldungsordnung gebunden.

Sta. Bender (Deutschnat.): Meine Fraktion begrüßt die Vorlage auf das lebhafteste. Die Beamten sollen durch die Vorlage in einer einigermaßen den heutigen Verhältnissen entsprechenden Weise entlohnt werden. Noch vorhandene Härten sollen durch die vorliegenden Anträge seiner Fraktion gemildert werden. Der Redner wendet sich den sechs Anträgen seiner Fraktion zu und begründet sie. Die Kinderzulage sollte mindestens bis zu 21 Jahren gewährt werden. Der finanzielle Effekt der Anträge sei ein ganz minimaler.

Sta. Wroße (Deutschnat.) ist mit seiner Fraktion davon überzeugt, daß die Vorlage etwas bleibendes nicht hinterläßt. Er wolle deshalb nicht kritisieren. Er hoffe, daß im Allgemeinen die von der Stadtgemeinde gebrachten großen Opfer anerkannt werden. Redner wendet sich ebenfalls gegen den Antrag der Unabhängigen auf Zurückverweisung der Vorlage. Auf derartige Experimente könne man sich nicht einlassen. Redner stimmt den Anträgen der Deutschnationalen zu, ebenso den sozialdemokratischen Anträgen, die Kinderbeihilfen gesondert zu gewähren und die Lehrer besser zu stellen.

Sta. Bähler (Dem.) polemisiert gegen Sta. Brämmer. Für die Stadtverordneten entspränge aus der Genehmigung der Befoldungsplanung die Verpflichtung, nur das zu tun, was wir tun können. Man könnte bezüglich der Wissenschaftler der Meinung sein, daß für ganz verschiedene Leistungen dieselben Gehälter bezahlt werden. Die Schuld, daß wir nicht mehr geben können, sei, daß wir bettelarm geworden sind. Redner hofft dringend, daß die Befoldungsplanung wie sie aufgestellt wurde, auch zur Durchführung kommen wird, und daß sie für Reich und Staat vorbildlich werden möge.

Sta. Dr. Roedel (Ztr.) meint, es müsse ein Weg gefunden werden, der berechtigten Wünschen Rechnung trägt. Redner schlägt deshalb vor, in dem städtischen Antrage eine entsprechende Abänderung vorzunehmen, damit man keine weiteren Vorlagen mehr zu machen brauche. Ausnahme stelle stimmt der Redner den Unabhängigen darin zu, daß es besser gewesen wäre, die Lehrsatzzulage der Reichsbefoldungsordnung anzugleichen und durch eine Ausgleichszulage zum Existenzminimum zu gelangen. Er schlägt deshalb vor, über die Lehrsatzzulagen getrennt abzustimmen. Bei der Berechnung des Befoldungsalters müsse lokal vorgegangen werden. Mit den deutschnationalen Anträgen kann sich der Redner nicht recht befreunden. Zustimmung äußert er sich zu dem modifizierten Antrag, die Kinderzulage bis zu 21 Jahren zu gewähren. Bei der Besserstellung der Lehrer müsse man die Konsequenzen berücksichtigen. Man werde die aufzuwendenden bedeutenden Mittel nicht vom Staat zurückbekommen. Den Unabhängigen stimmt der Redner insofern zu, daß die Beamten sorgenfrei leben sollen. Die Vorlage solle ein Baustein zum Wiederaufbau werden. Deshalb ersucht er die Unabhängigen, der Vorlage zuzustimmen.

Sta. Strobel (Soz.): Der Stadt Mannheim sei nichts anderes übrig geblieben, nach dem Vorgehen anderer Städte vorzugehen und zu tun, was in ihren Kräften liegt. Mannheim stehe in Bezug auf die Beamtengehälter an erster Stelle auch gegenüber den Städten, wo die Unabhängigen am Ruder sind. Vom sozialistischen Grundgedanken müsse Bedacht auf die Einheitslichkeit in der Befoldungsplanung genommen werden. Das große Ziel, das die Sozialdemokraten vor Augen hätten, sei hier verwirklicht worden. Die Einküufe, die die Herren Unabhängigen von Rußland mitgebracht hätten, seien doch durchaus nicht ermutigend, russische Zustände auch bei uns einzuführen. Wohl seien in der Befoldungsplanung Härten vorhanden, aber diese könnten gemildert werden. Sta. Brämmer gegenüber bemerkt er, die heutige Zeit bringe es mit sich, daß von jedem Einzelnen Opfer verlangt werden. Ein Existenzminimum zu bestimmen, sei heute außerordentlich schwer. Wenn der Sta. Dr. Roedel meinte, ein Existenzminimum von 14—15 000 M. sei heute zum Lebensunterhalt notwendig, so sei das selbe durch die Vorlage gewährleistet. Sta. Brämmer macht er auf Theorie und Praxis bei den Unabhängigen aufmerksam, zuerst mache man den Beamten große Versprechungen,

dann entziehe man sich der Verantwortung, indem man die Vorlage ablehne. Er möchte Sta. Brämmer fragen, wie hoch denn die Gehälter der Buchdrucker in der „Tribüne“ seien? (Große Bewegung bei den Unabhängigen. Sta. Ruhlens (U. S. P.) ruft: Gemeinheit!)

Sta. G u l d e n (Ztr.) ist auch der Ansicht, daß noch vorhandene Härten beseitigt werden können und müssen. Im Interesse der Beamten bitte er um Annahme der Vorlage.

Sta. Brämmer (U.S.P.) wundert sich darüber, daß das hohe Haus die Diktatur des Reiches schuldlos erträgt, während man sich gegen die Diktatur des Proletariats auflehnt. (Bewegung und Heiterkeit.) Die akademisch Gebildeten hätten keinen Anspruch auf Sonderbehandlung. Die sozialdemokratische Partei habe an der Reichsbefoldungsplanung mitgewirkt, sei also mit dafür verantwortlich, wenn die finanziellen Mittel zur Deckung der Vorlage nicht ausreichten. (Stürmische Zustimmung auf der Galerie.) Der Oberbürgermeister ersucht die Galeriebesucher wiederholt um Ruhe. Man könne die Mittel mit Leichtigkeit aus der Kohlen- und chemischen Industrie herausheben. Redner spricht seine Verwunderung darüber aus, daß in der Frage der Lehrsatzzulage der Arbeitervertreter Strobel nicht von den Gefühlen des Zentrumsführers Dr. Roedel befreit sei. Wenn man Sozialist sei, habe man die Pflicht, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Was habe denn die sozialistische Mehrheit für einen Wert, wenn diese Grundzüge in diesem Hause nicht verwirklicht würden?

Oberbürgermeister Dr. R u h e r wendet sich gegen den Ausdruck Steuerbeitrag, den der Redner gebraucht. Es handle sich bei der Reichseinkommensteuer und beim Reichslohnopfer doch nur um eine Verchiebung in der Bezahlung der Steuer.

Sta. Bender (D.-Nat.) bedauert, daß Sta. Roedel die Anträge der Deutschnationalen in den Bereich seines Witzes zieht. (Er hatte die Deutschnationalen eine Dreimännerfraktion genannt.)

Sta. Dreißig fragt, warum hätten die Unabhängigen bei ihrer 80 Mann starken Fraktion in der Nationalversammlung noch nicht mehr herausgebracht? Er hält die Rede des Sta. Brämmer für weiter nichts als eine Agitationsrede.

Sta. Strobel (Soz.) hielt die Kränzung des Sta. Brämmer über das, was er (Redner) bezüglich des Existenzminimums gesagt, für eine Verdrehung niedrigster Art. (Der Vorsitzende erteilt einen Ordnungsruf.) Wir können eben nicht mehr leisten, als das, was wir in der Vorlage geben. Die Politik der Unabhängigen, die uns in den Abgrund stürzt, machen wir nicht mit, wir wollen einen Aufbau mit Gehältern, die wir verantworten können. (Brause.)

Sta. Brämmer nimmt nochmals das Wort zur Erweiterung auf die Ausführungen des Sta. Strobel.

Sta. Trumppheiler (Soz.) beschäftigt sich ausschließlich mit dem Sta. Brämmer und den Unabhängigen, die der reinen Agitation halber stets Forderungen stellen, von denen sie überzeugt seien, daß sie nicht durchführbar seien. Es sei doch völlig zwecklos, von Besonderen der Unternehmer zu reden; wir hätten hier mit den Mitteln der Stadt zu rechnen.

Sta. Schramm (Ztr.) beantragt Schluß der allgemeinen Erörterung.

Der Antrag wird angenommen. Oberbürgermeister R u h e r macht darauf aufmerksam, daß noch ein Antrag kommen werde für das Theaterpersonal. Einzelne Stellen der Befoldungsplanung seien so hoch gehoben worden, daß man sich fragen müsse, ob die einzelnen Inhaber darin bleiben können. Durch diese Frage werde eine Verzögerung in der Auszahlung der Lehrsatzzulage eintreten. Man werde aber den betreffenden Beamten Abschlagszahlung geben.

Die Zentrumsfraktion stellt den Antrag, den Verbeirateten ohne Kinder anstelle der 6000 M. Lehrsatzzulage ein Existenzminimum von 15 000 M. zuzugestehen.

Der Antrag der Unabhängigen, die Vorlage an den Stadtrat zurückzuverweisen, wird mit allen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Oberbürgermeister Dr. R u h e r spricht sich gegen einen weiteren Antrag der Unabhängigen aus, es dem Stadtrat in Verbindung mit dem Dienststellenausschuß zu überlassen, bestimmte Stellen höher zu bewerten, als es durch die Vorlage vorgesehen ist.

Nach kurzer Begründung durch Sta. Eberhard (U. S. P.) wird der Antrag der Unabhängigen mit allen gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt.

Oberbürgermeister Dr. R u h e r meint, es wäre bezüglich des Antrages 1 der Deutschnationalen Fraktion besser, wenn der Stadtrat in der Lage wäre, in jedem Falle nach seinem Ermessen zu entscheiden. Antrag 11 sei auch nicht zur Annahme zu empfehlen.

Sta. Bender (Deutschnat.) ist damit einverstanden, daß das Wort „müssen“ in „soll“ angewandt wird.

In der darauf folgenden Abstimmung werden die beiden Anträge mit allen gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt.

Sta. Berrey (Deutschnat.) empfiehlt nochmals die Annahme des Antrages 3. Die Wünsche der Militäranwärter gingen noch weiter. Man sollte wenigstens eine Herabsetzung bis zu drei Jahren bewilligen. Auch Antrag 5 befürwortet er nochmals.

Die beiden Anträge werden ebenfalls gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die die Kinderzuschläge bis zu 21 Jahren bewilligen will, wird mit 39 gegen 31 Stimmen (Deutschnat. und Unabhängige geschlossen) abgelehnt. Der Antrag der deutschnat. Fraktion wird mit 44 gegen 35 Stimmen angenommen. Ein Teil der Reichssozialisten und die Unabhängigen stimmen dagegen.

Da kein Ende der Verhandlungen abzusehen war, stellten die Vertreter der Presse um 7.15 Uhr ihre Tätigkeit ein. Wir können deshalb nur noch folgendes summarisch mitteilen: Der Antrag der U.S.P., allen Beamten gleichmäßig eine Lehrsatzzulage von 10 000 M. zu gewähren, wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt, dagegen der Antrag der Sozialdemokraten, die Kinderzuschläge bei dem Lehrsatzzuschlag von 6000 M. nicht anzurechnen, einstimmig angenommen. Der Antrag des Zentrums, den verbeirateten Beamten ohne Kinder ein Existenzminimum von 15 000 M. zu gewähren, fand mit 58 Stimmen eine große Mehrheit. Die Sitzung wurde hierauf einstimmig genehmigt. Antrag 5 der Deutschnationalen dagegen gegen die Stimmen der Antragsteller und der Deutschnationalen abgelehnt. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Volksschullehrer in Angleichung an die Gehaltsklassen C und D in die Gruppen 8 und 9 einzureihen, fand dafür wieder eine Mehrheit. Damit wurde der demokratische Antrag erledigt, die Volksschullehrer, solange die Personalklassen von der Stadt getragen werden, ihren bisherigen Bezügen entsprechend zu bezahlen, erledigt. Die Befoldungsplanung wurde hierauf einstimmig angenommen.

Die Neuregelung des Lohnabkommens mit den städt. Arbeitern wurde nach kurzen Bemerkungen zweier Redner einstimmig genehmigt. Danach tritt, wie wir recapitulieren möchten, die Stadt Mannheim der zwischen dem Badischen Städteverband und dem Verbands der mittleren Städte Badens einerseits und den Vertretern des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands andererseits in Karlsruhe abgeschlossenen Vereinbarung, wonach vom 1. Juli 1920 ab a) die bisher 25% aus Grundlohn und Dringsatzlag betragende Lehrsatzzulage für die verbeirateten männlichen Arbeiter auf 35%, für die ledigen männlichen Arbeiter auf 30% erhöht wird, b) die Lehrsatzzulage der Frauen dagegen unverändert bleibt, c) die bisherige Kinderzuschulage der städtischen Arbeiter einheitlich auf 50 M. für Kind und Monat festgesetzt wird, bei. Die durch Schiedspruch des gemeinlichen Zentralausschusses zu Berlin von 4 auf 6 M. für verbeiratete männliche Arbeiter und von 2 auf 3 M. für ledige, über 24 Jahre alte männliche Arbeiter festgesetzte Mannheimer Sonderzuschulage wird neben der unter 1 bewilligten Lohnerhöhung weiter gewährt.

Die Neuordnung der Bezüge der Zurückgekehrten und Hinterbliebenen

wurde dem städtischen Antrag entsprechend debattiert einstimmig genehmigt. Danach wird den bereits zurückgekehrten oder künftig in den Ruhestand tretenden Lehrkräften der Volksschule und in gleicher Weise den Lehrhinterbliebenen ohne Einräumung eines Rechtsanspruchs der Gesamtbezug gewährt...

Aufnahme von Anleihen.

Auch diese Vorlage fand ohne Debatte einstimmige Annahme. Nach dem städtischen Antrag sind zur Deckung der noch den städtischen Kollegien bereits bewilligten oder im Einzelfall noch zu bewilligenden Kredite für Wohnungs-, u. a. Bauten, Grundstücke...

Betrachtungen über die gestrige Bürgerauschuhung.

Das große und schwierige Werk der städtischen Befolungsreform ist beendet. Der Bürgerauschuhung hat seitdem der Neuordnung der Bezüge der Zurückgekehrten und Hinterbliebenen einmütig zugestimmt. Allerdings erst nach mehrstündigen Auseinandersetzungen...

Die Stadtverordneten teilten die Bedenken des Oberbürgermeisters nicht, ließen sich vielmehr in ihren Beratungen und Beschlußfassungen von dem grundlegenden Gesichtspunkt leiten, daß dem städtischen Personal ein einigermaßen auskömmliches Existenzminimum gesichert werden muß.

Die Gedenktafel.

Von Karl Binner.

Ein großer Krieg war zu Ende gekämpft und gewonnen. Am Eingang des Dorfes wurde eine mannsgroße Gedenktafel errichtet. Gedreht in Granit und verbunden mit einem jahrausende überdauernden erdigen Block.

Ein kleiner schattiger Hain erstand ringsum. Links und rechts der Gedenktafel ein Rosenzweig mit Blumenbeeten, Vorbeere und immergrünen Büschen, endigend in einer Fliederhecke mit weißen und roten Blüten: die Freude, das Leben. Und hinter dem Rosenzweig eine Trauerweide, Rothbuchen, Birken, Tannen und Eichen: die Trauer, der Tod.

Freude und Trauer, Leben und Tod, irdisch vereint in lebendem Immergrün, aus dem heraus gemahnend und ermunternd die Namen der gefallenen Helden, umrahmt von ehrendem Vorbeere und fleghafter Eiche, herauszuheben.

Die Reue einer dankbaren Zeit wuchert den kleinen Hain würdig zu erhalten. Mit Ehrfurcht naheten sie der Tafel. Manches helles Gebet wurde gesprochen. Und wenn ein Trupp Soldaten vorbeikam, machten sie Halt. Anbachtvoll-sill gingen sie durch die drei schmalen Wege. Raschentschieden verließen sie den Gedenktafelplatz, zogen weiter und sangen ein Lebes- oder Abschiedslied.

In dem Hain hielten Finken den Tag ein. Ammern und Weihen trillerten des Mittags. Amstel sangen in den Baumkronen ihren Abendlied. Und Nachigallen schlüpfen zur Nachtzeit.

In größerem Hain lag wenig beachtet vor dem Dorfe am Straßenrand. Man nannte ihn nur noch Tafelbusch. Die Blumenbeete waren verschwunden. Der Rosenzweig lag vermischt. Die Fliederhecke waren harte Büsche geworden.

Die Trauerweide, die Rothbuchen, Tannen, Birken und Eichen bildeten ein Dickicht. Und das alte Fliedergebüsch war knarziges Gestrüpp. Als im Frühling der Flieder sich anschlößt Blüten hervorzu bringen, würden schon die Knospen weggerissen. Und auf dem Rosenzweig bestanden die Kinder.

Während des Sommers war der Tafelbusch das Stelldichein verlobten Vorgeliebten. Er war der Treffpunkt der Wandervogel und die Reize der Strafgelehrten.

Im Herbst, als Scharenschleier, Kesselficker und Lumpenjammer auf ihren Wanderschaften das Dorf berührten, lagerten sie beim Tafelbusch. Und wandernde Gesellen lästeten neben der Gedenktafel der Straßler und Fehler den Betrag, den sie im Dorf zusammengekauften hatten.

stellen aber hätte man auf diese Weise den denkbar spätesten Dienst erwiesen. Es ist klar, daß die Unabhängigen mit diesem Antrag allezeit bleiben, ebenso mit dem zu weitgehenden Antrag, die Teuerungszulage auf 10 000 Mark festzusetzen.

Die Unabhängigen trugen auch schuld an dem erstgenannten, in dem letzten die Debatten geführt wurden. Ein Bräumer war der Stimmführer. Man konnte glauben, in einer Postversammlung zu sein, nicht in einem Stadtparlament, bei dessen Verhandlungen parteipolitische Gesichtspunkte auszuwählen sind.

Die deutschnationalen Fraktion hatte nur weiteren Verbesserung des Notwendigen sehr recht beachtenswerte Anträge gestellt, die aber nahezu sämtlich unter den Tisch fielen. Dagegen wurde der sozialdemokratische Antrag auf Befestigung der Volksschullehrer durch Einziehung in die Gruppen 8 und 9 mit Mehrheit angenommen.

Aus Stadt und Land.

Von der Stadtratsitzung vom 9. Sept. 1920.

Nachstehende Bürgerauschuhvorlagen werden genehmigt: Vorarbeiten zu baulichen Unternehmungen. Gewährung von Beihilfen zu Langfristigen. Viehwirtschaftserwerbungen im Sperrgebiet...

Der Besitzer des Parks Blumenfeld überlände zum Besten hiesiger Armen einen Betrag von 500 Mk., wofür dem Spender der Park ausgesprochen wurde.

Die auf Part. III 1920 pachtfrei werdenden Grundstücke sollen, soweit sie dazu geeignet sind, für Kleingärten ausgeteilt und vergeben werden. Die übrigen Grundstücke sollen zur öffentlichen Versteigerung an Landwirte gelangen.

Für 36 freihändige Verkäufe und ein zu Zwangsversteigerung gelangendes Grundstück der Gemarkung Mannheim wurde die Prüfung im Sinne des Sperrgesetzes vom 18. April 1919 vorgenommen.

Erinnerungen eines Mannheimer Bürgermeisters.

N II.

Die Oberbürgermeisterkonferenzen. (Schluß.)

Gerade den Vertretern Mannheim's wurde in den Konferenzen immer wieder der Vorwurf gemacht, daß sie den Beschlüssen der Konferenz nicht genügend Geltung zu verschaffen suchten und daß Mannheim seine eigenen Wege zu gehen ließe, ein Vorwurf, der in der Regel in den besonderen Verhältnissen der Stadt Mannheim seine Rechtfertigung fand.

und die Verwaltung gehabt haben, sind aus ihnen hervorgegangen, nachdem sie nicht selten in kleineren, zu diesem Zweck eingesetzten Sonderkommissionen gründlich durchberaten waren; vielfache Anregungen, die auf den Erfahrungen einer Stadt beruhten, sind bei anderen Städten zugute gekommen, mancher unnötige Versuch konnte vermieden werden, nachdem sich in der Schwesterstadt gezeigt hatte, daß die mit ihm gemachten Erfahrungen nicht einfließen waren.

Aber auch der realistische Verkehr der Stadtoberhäupter in unangenehmen kleinen Kreise, die freundschaftlichen Beziehungen, die sich dadurch zwischen ihnen anknüpften, die Ausspannung und Erholung, die gerade dieser Verkehr mit sich brachte, sind nicht an den Beteiligten, sondern auch den von ihnen vertretenen Gemeinden in reichem Maße zugute gekommen. Meist versammelten sich die Beteiligten, soweit sie nicht in der näheren Umgebung der Konferenz wohnten, schon am Vorabend der Tagung zu einer Theatervorstellung und zum gemeinsamen Nachtessen, wobei sich schon Gelegenheit zu lebhaftem Gedankenaustausch bot.

Die Männer und die Zeiten sind andere geworden. Der furchtbare Ernst der Zeit drückt schwer auf uns alle, selbst insbesondere auf den Häuptern unserer Städte, die sich der unabweisbaren Verantwortung, die sie zu tragen haben, bewußt sind, und die oft keinen Ausweg wissen als allen den Leiden und Sorgen, die auf sie einwirken. Das heitere Leben, das sich früher nach dem Ernst der Verhandlungen geltend machen konnte, ist jetzt verschwunden.

Salzigtal in Wadob, im August 1920. D. G. v. Helfand.

Die Vorprüfung der Fortkandidaten beginnt am 18. Oktober. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind bis spätestens 10. Oktober bei dem forsdischen Institut der Universität Freiburg einzureichen.

Im Verlaufe des Winters bildete sich hinter der großen Baumreihe ein Abseglplatz für Schut und Scherben.

Und das ganze Jahr hindurch, täglich früh und spät, spietatete in den Bäumen das Spaghenvolk.

Von der Gedenktafel hat die Zeit das Gold längst weggewaschen. Niemand kam, es zu erneuern. Und rundum wuchsen Brennnesseln und Disteln.

Wo die Gedenktafel steht? Überall in Deutschland kann man sie finden.

Kleine Mitteilungen.

Sammlung von Flurnamen. Ein für die Heimat- und Volkstunde bedeutsames Unternehmen ist dieser Tage ins Leben getreten. Die altgermanischen Namen unserer heimischen Fluren ziehen mit der Durchführung der Flurneubereinigung allmählich auszu sterben. Daher haben sich die bayerischen Vereine für Heimat- und Volkstunde entschlossen, auch in Bayern eine Aufnahme sämtlicher Flurnamen des Landes in Angriff zu nehmen.

Vox molles. Unter diesem Titel gibt der Transatlantische Verlag (Berlin) eine medizinisch-pharmazeutische Zeitschrift in französischer Sprache heraus, die ein Bindeglied zwischen der deutschen medizinischen Wissenschaft und der neuesten spanischer Sprache bilden will.

Der hübsche Füllbüchel „Die „Schöne Fests“, die sein Werk als wichtiges Zeichen seiner alten Bekanntheit gibt, ist auch für unsere Romanwelt bei den letzten Jahren ein beliebter Fests geworden.

Vermischtes.

Der hübsche Füllbüchel „Die „Schöne Fests“, die sein Werk als wichtiges Zeichen seiner alten Bekanntheit gibt, ist auch für unsere Romanwelt bei den letzten Jahren ein beliebter Fests geworden.

Kunst und Wissen in Mannheim.

Theatervorstellung. Das soziale Drama „Der Sonnen-aufgang“ von Gerhart Hauptmann, das am 20. Oktober 1899 an der Berliner Freien Bühne seine auffallendste Uraufführung hatte und dem „Naturalismus“ damit zum endgültigen Bühnensiege verhalf, wird unter Leitung von Heinz W. H. H. für Ende nächster Woche vorbereitet.

Der Theater-Verein E. V. Mannheim eröffnet seine Spielzeit Sonntag, 19. September, mit dem Schwanf „Millantenstern“ von Claus-Bogmann. Die Aufführung, unter Mitwirkung des Vereins-Orchesters, findet im Kolossalbau statt und beginnt um 7 Uhr.

Hof-Schmidt, unser einheimischer Pianist und Klavierpädagoge, dessen letztes Schützertum einen starken Erfolg hatte, beginnt mit seiner Meisterklasse Dienstag, 14. September. Diese Näher im Anzeiger.

Das der Kunstschule. Am Sonntag, den 12. September wird in der Kunstschule im Wadob eine Sonderausstellung von Gemälden und Zeichnungen des Malers Carl Heiler eröffnet. Heiler, der in mit drei Gemälden aus der Vorkriegszeit in der Kunstschule vertreten ist, zeigt sich in diesen Werken, die weit nach dem Kriege entstanden sind, von einer neuen Seite. Der schwingende Wellenlauf der Linie ist einer lebenden Kunstwerke gewichen. Die großen Kompositionen verraten ein Versehen nach Marmontel, das gleich den Werken zugute gekommen sein wird, die der Künstler eben in dem Berliner Museum vollendet hat.

Statt Karten!

Droni Hunger
Albert Brehm

Verlobte *4748

Neckargemünd Mannheim
Hauptstr. 59 Schwetzingenstr. 94

Als Verlobte empfehlen sich

Rosa Schickinger
Josef Ganß

Mannheim Oggersheim (Mals)
Dalbergstr. 12a. Urtenstr. 4. *4749

12. September 1920.

Statt Karten! *4777

Karl Schittler
Hanna Schittler
geb. Spiegel

Vermählte.

Mannheim, den 11. September 1920.

Von der Reise zurück E86

Dr. med. Fritz Lux
Spezialarzt für Haut-, Harn- und Geschlechtsleiden

Lichtbehandlung, Sprechstunden 10-1 und 1-4-15 Uhr. U 1, 7 Breitestr. Tel. 4716

Von der Reise zurück!

Dr. V. Lion E86

Spezialarzt für Haut- u. Harnleiden
F 7, 17 (Heidelbergerstr.) Tel. 888.

Institut Schwarz
Höhere Reallehranstalt mit Vorschule, M 3, 10

berichtet vor für alle Klassen und Prüfungen (Realschulabschlussprüfung, Abitur usw.)

Mit Beginn des Schuljahres werden **neue Abendkurse** zur Vorbereitung auf Realschulabschlussprüfungen, Kriegs- und Lehrabschluss eröffnet.

Beginn des neuen Schuljahres ist auf **15. September** festgesetzt. An diesem Tage versammeln sich sämtliche Schüler vormittags 9 Uhr im Schulgebäude, M 3, 10

Anmeldungen können täglich erfolgen.

Die Direktion:
Dir. Müller u. Dr. Sessler.

Öffentliche Versteigerung.
Montag, den 13. September 1920.
nachm. 2 Uhr werde ich mit Zustimmung des Amtsrichters u. des Polizeikommissars gegen bare Zahlung öffentlich versteigern:

1 Waggon Schlammkohlen.
Röhres im Termin. 10198
Mannheim, den 9. September 1920.
Armbruster, Gerichtsnotar.

Grundstücks-Versteigerung.
Das Grundstück von Berchheimische Rentamt Mannheim läßt die Größe von Berchheimischen Grundbesitzes Grundstücke, zul. 82 Stück, vorzugsweise Ackerland, sowie etwas Wiesen, mit zul. rund 14 ha Fläche öffentlich meistbietend zu Eigentum versteigern im "Karpfen" in Sandhofen am

Montag, den 13. September
vorm. 10 Uhr. 10072

Verein Chemischer Fabriken in Mannheim.

Nachdem das Vermögen des Vereins Chemischer Fabriken in Mannheim gemäß §§ 305, 306 im Wege der Verschmelzung auf die unterzeichnete Gesellschaft übergegangen ist, werden die Gläubiger der aufgelösten Gesellschaft gemäß § 306 und § 297 HGB wiederholt aufgefordert, ihre Ansprüche bei uns anzumelden. E87

Aachen, den 1. September 1920.
Chemische Fabrik Rheinania Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Torf.

Empfehlen aus der Produktion eigener Geof-Zerwerke Oberrheins und Oberrheinlands

la. schwarzbraunen u. la. schwarzen Handstichortf, besonders geeignet für die Industrie. 10170

Oldenburg-Ostfriesische Kohlen- u. Brikket-Vertriebsgesellschaft
m. b. H.
Oldenburg i. O. Handelshof,
Fernsprecher 33, 34 u. 134.
Telegraphenadresse Glückauf.

Statt besonderer Anzeige.
Gestern vormittag verschied nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber guter Gatte und Schwager

Dr. med. Walther Peters
Arzt in Heidelberg.

Heidelberg, den 10. September 1920.
Sophienstraße 7.

Die tieftrauernd Hinterbliebenen:
Frau Maya Peters, geb. Mackle.
Frau Klara Harbrecht, geb. "
Gisela Mackle.

Die Bestattung Samstag nachmittags 3¹⁵ Uhr vom Heidelberger Krematorium. 10228

KANDER Mannheim
Herbst-Neuheiten

Damen- und Kinder-Mäntel

Wir verschieben die Stoffe. Infolge äußerst günstigen Einkaufs verkaufen wir dieselben weit unter den heutigen Tagespreisen.
Von unserer grossen Auswahl einige Beispiele im Bild:



General-Vertretung u. Alleinausnutzungsrecht
für eine moderne, zugkräftige **Reklame-Neuheit**

bestimmte für das Deutsche Reich zu vergeben. Es handelt sich um ein sehr aussehendes, gemütsbringendes Unternehmen, welches bereits in mehreren Bezirken mit nachweisbar besten Erfolgen, eingeführt ist. Kapitalträchtige Restanten wollen Angebote unter G. W. 122 an die Geschäftsstelle des Statist einreichen. 10186

Universal-Sparbiode „Spartix“
D. R. G. M.

bietet Geschichtsleuten großen Umsatz u. Publikum bei Einkaufs-Ersparnisse; ebenso spart Jeder durch „Spartix“ bei Benutzung der Straßenbahn, Kino pp. oder Postwertzeichen 50 Prozent. Vertreter spricht kommende Woche vor. 10172

Spartix-Vertrieb, Cronberg (Taunus).

Keine Kohlennot mehr

Wollen Sie an jeglichem Brennmaterial sparen, dann lassen Sie sich den verstellbaren **Budian-Sparrost** in Ihren Küchenherd einbauen. *4815

Budian's Sparrost Antik gebildet. empfohlen

Garantiert für:
Ueber 50% Brennmaterial-Ersparnis
schnelleres Kochen, besseres Braten und Backen. *4815

Passend für jeden Küchen- u. Wirtschaftsherd.

Mannheim:
Fritz Gebauer, S 1, 12

Stofflose Auswanderung
für Unbemittelte
Zustunft d. O. Rothmann,
Riel, Hauptstr. 45. *4824

Alleinlebende launische-fähige Geschäftsfrau sucht

Filiale
auf sofort oder später zu übernehmen, am liebsten Schokoladen, Konfitüren oder Zigaretten. *4852

Zu erfragen i. d. Geschäftsst.

Jüngere Dame
die dem Kabarett sich zuwenden will, als **Parasol gesucht.**
Gute Singstimme und künstlerisches Talent Verbindung. Angebote mit Bild versehen u. B. D. 26 an die Geschäftsst. *4802

Herd gegen einen zu tauschen, **hohen Ofen** zu kaufen. gelocht. *4802

Anfrage bei **Nabinger** Börsenpl. Fußstr. 43.

Zum Doorn und Lorbeerbaum

Oetker's
Milch-Eiweiss-Pulver

mit Fruchtsatz
Nährstoff u. nahrhaftig wie
2-3 Eiweiss

für Nankuchen, Kloben, Kuchen, Torten.

Man verlange Rezeptbuch & Preisverzeichnis Oetker's Milch-Eiweiss-Pulver

Mannheimer Hausfrauenbund E. V.
Schuhförsorge P 6, 20. 10228

Wiederbeginn der Schuhkurse.
Selbstanfertigung von Haus- und Straßenschuhen.
Neu aufgenommen: **Gamaschen.** Bestellungen auf **Hauschuhe** werden angenommen.

Am 4. Oktober beginnt in der **Haushaltungsschule L 3, 1 ein neuer Kochkurs.**
Anmeldungen hierzu werden mit Ausnahme Sonntags täglich von 11-12 Uhr in L 3, 1 angenommen. 10224

Sie decken
Ihren Bedarf an Möbel wie
Schlafzimmer Speisezimmer Küchen etc.
zu außerordentlich billigen Preisen
event. Zahlungsziel
4, 11 „Dürlicher Hof“
Möbelhaus S. Lippmann
4 G. Kahl.

Minimax-Feuerlösch-Apparat
stets Kochbereit. Praktische Feuerlöschvorrichtung mit diesem Apparat findet am kommenden **Dienstag, 14. September, nachm. 4 Uhr** hinter der Hauptfeuerwache statt, wozu Jedermann freunds. eingeladen wird. *4810

Minimax G. m. b. H., Stuttgart.

Wo kaufen Sie Herrenstoffe Futterstoffe

Anzüge, Hosen, Paletots und Westen gut und billig? Im Tagesgeschäft
Krieger & Messling
S 6, 36.
Langjährige Angestellte der Firma Engelhorn & Sturzen.

Alte Damenhüte
werden elegant modernisiert und umgeprezt.
Alte Pelze und Muffe
nach neuesten Mustern rasch u. billig umgearb. bei:
M. Tiemann Nachf., R 3, 1.

Haut-, Blasen-, Frauenleiden (ohne Quecksilber, ohne Einspritzung). Blist-, Urin-Untersuchungen
Aufkündende Broschüre No. 3c direkt versch. Mk. 3.- (Nag-nahme).

Syphills- Behandlung nach den neuesten, wissenschaftl. Methoden ohne Berufshilfe

Spezialarzt Dr. med. Holtzender
Frankfurt a. M., Bethmannstraße 55, gegenüber Frankfurter Hof. Tel. Hansa 6953. E70
Täglich 11-1, 5-7 Uhr, Sonntags 11-1 Uhr.

Isolierrohr 11 mm verb. m. Muffe M. 240 % Mtr. S130
R. G. C. 1 qmm gute Gummi-Isol. M. 95 % Mtr.
Bestellungen unter A. A. 131 an die Geschäftsstelle.

400 Ratten
und **Mäuse** nachweisbar in einigen Stunden radikal ausgerottet. Herz zum Auslegen. Unschädlich für Menschen und Haustiere. Mäusestuden 3 St. R. 12.50, 6 St. R. 24. Rattenstuden 3 St. R. 13.50, 6 St. R. 25. Mäusepulver 3 Glas R. 8. 6 Glas R. 18. Rattenpest 3 Glas R. 10. 6 Glas R. 19. Schwabenpulver R. 8. Wanzentab R. 6. Erfolg garantiert. **Otto Koch, Chem. Produkte Rattenpeste-Gewinnmittel 304.** 6138

Ämliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde. Handelschule der Hauptstadt Mannheim
Unterrichtsbeginn betr.
Der regelmäßige Unterricht sämtlicher Schüler beginnt von **Donnerstag, den 16. September, morgens 8 Uhr** ab. Die vereinigten Firmen werden höflich gebeten, den betr. Pflichten das letzte Aufgebot unterzulegen, um Abgabe an den Klassenlehrer mitzugeben.
Mannheim, den 1. September 1920.
Das Rektorat der Handelsschule.

Handelsschule der Hauptstadt Mannheim
Die Schulpflicht betr.
Der Unterricht ist im ganzen Umfange des Schuljahres seit Beginn dieses Jahres wieder aufgenommen.
Gemäß § 1 und 2 des Erlasses vom 19. Dezember 1912 sind die innerhalb des Gemeindebezirks Mannheim im Handelsgewerbe oder in anderen Betrieben mit kaufmännischen Berichtigungen beschäftigten Lehrlinge und Schülern beiderlei Geschlechts bis zum vollendeten 18. Lebensjahr zum Besuche der hies. Handelsschule verpflichtet.
Von Herbst 1920 ab sind besoldungspflichtig: 1. Knaben, geboren nach dem 31. Dezember 1902, 2. Mädchen, geboren nach dem 31. Dezember 1902, die überhaupt noch keinen Unterricht an irgend einer öffentlichen Handelsschule genossen, oder sich nicht an einem 1920 hier zur Handelsschule gemeldet haben.
Unterricht an sogenannten Handelslehrlingen oder Privathandelschulen erfindet nicht von der Anmeldung.
A. Knaben, geboren nach dem 31. Dezember 1902, 1. Solche, die dieses Jahr mit der Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienste eine Mittelschule verlassen, haben sich zu melden am **Ronntag, den 13. September 1920, morgens 9-12 Uhr.**
2. Solche, die ohne die sogenannte Einjährig-Freiwilligen-Dienstzeit die Mittelschule verlassen oder aus der Volksschule entlassen wurden, haben sich zu melden am **Ronntag, den 13. September 1920, nachmittags 3-5 Uhr.**
B. Mädchen, geboren nach dem 31. Dezember 1902 haben sich zu melden am **Dienstag, den 14. September 1920, vormittags von 9-12 Uhr.**
Die letzten Schulzeugnisse sind mitzubringen. Aufnahme-Vokal für beide Tage: **Karlshofschule, C 6, Eingang gegenüber B 6.**
Die nach dem 30. April 1906 geborenen und im Gemeindebezirk Mannheim wohnhaften Handelshilfslinge sind nach § 2 Absatz 1 des bish. bish. Elementarunterrichtsgesetzes nach vollst. pflichtig und werden sofort der hiesigen Volksschule überwiesen.

Die Firmen werden auf § 12 des Statuts aufmerksam gemacht, wonach sie die zum Besuche der Handelsschule Verpflichteten 3 Tage nach dem Eintritte in das Geschäft, auch während der Probezeit, anmelden haben.
Ferner wird darauf hingewiesen, daß das Erlöschen nur das Alter der Beschäftigten, nicht aber deren Stellung im Geschäft berücksichtigt; es sind also nicht nur Lehrlinge, sondern auch Volontäre und Gehilfen zum Handelshilfsling verpflichtet, sofern dieselben noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben.
Um einem bisher öfters aufgetretenen Irrtum zu begegnen, wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß für die Handelshilfslingpflicht nur der Beschäftigungsort, aber nicht der Wohnort entscheidend ist. Wer also in einem im Gemeindebezirk Mannheim gelegenen Geschäft unter der angegebenen Voraussetzung verwendet wird, ist in Mannheim handelshilfslingpflichtig, auch wenn er außerhalb Mannheims wohnt und am Wohnorte fortbildungspflichtig sein sollte.

Selbstverhandlungen der Lehrlingen und Volontäre, bei Eltern oder deren Stellvertreter gegen diese Bestimmungen werden gemäß § 150 Stfz. 4 der Gemeindefassung betr. § 3 des Bundesgesetzes vom 13. August 1901, „den geschäftlichen u. kaufmännischen Fortbildungunterricht betr.“, geahndet.
Mannheim, den 1. September 1920.
Das Handelskollegium.

Wegen hoher Feiertage
bleiben unsere Geschäftsräume
Montag, den 13. Sept. geschlossen.
S. Wronker & Co.
Mannheim. 5204

Schreibmaschinen u. Instandhaltung
in **Registrierkassen** & **Abrechnungs**
reparieren unter **Garantie**
Reif & Wicht, N 4, 10
Telephon 7720 6220
Moderne Büro-Einrichtungen.

